

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,20 M., durch die Post 1,35 M. — Am Falle höherer Gebot Betriebsführung Streich bzw. erhöht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklameseite 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherter oder durch fremdsprachige ausgebildete Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Skalend, zusätzlich Postgebühr; Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 96

Donnerstag, den 17. August 1933

35. Jahrg.

## Aufforderung.

Die rückständigen Kirchensteuerbeiträge von 1932/33 sind bis zum 20. August an Herrn Kirchenrentenrathmann Kühn zu bezahlen, widrigenfalls die Betreibung durch das Finanzamt erfolgt.

Der Gemeindeführerrat.

## Die Gemeinde im neuen Staat

In der politischen, geistigen und seelischen Erneuerung des deutschen Volkes spielen die Gemeinden und Gemeindeverbände eine bedeutende Rolle. Da die Demokratie den Drang zur stärksten Zentralisation hat, ist es kein Wunder, wenn die kommunale Selbstverwaltung in den letzten vierzehn Jahren systematisch vernichtet worden ist oder Formen angenommen hat, die mit ihrer ursprünglichen Idee unvereinbar sind. Der demokratisch-marxistische Staat der Weimarerzeit ist nicht zuletzt deshalb zusammengebrochen, weil er die Selbstverantwortlichkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände bis zur Vernichtung ausgehöhlt hat, ohne andererseits eine straffe einheitliche Staatsgewalt zu besitzen. Bei dem Aufbau des nationalsozialistischen Staates muß daher den Gemeinden und Gemeindeverbänden wieder ihr natürlicher Platz eingeräumt werden. Der völkische Staatsgedanke verlangt eine starke Staatsgewalt, darunter aber eine ausgeprägte Dezentralisation, eine weitgehende Gliederung, die die besonderen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse aller Reichsteile zur vollen Entfaltung kommen läßt.

Diese Gedanken entwickeln in den neuesten Ausgaben der Organe des Deutschen Gemeindegewebes, dem „Gemeindegeweb“ und der „Landgemeinde“, der Geschäftsführer des Deutschen Gemeindegewebes, Dr. Kurt Jelechich. Wenn der nationalsozialistische Staat dem naturgegebenen Aufbau Deutschlands entsprechen soll, so müssen unter einer starken Staatsgewalt lebensfähige Gemeinden und Gemeindeverbände stehen, die ihrerseits nach dem Führerprinzip organisiert alle eigenen Aufgaben unter voller Selbstverantwortung durchzuführen haben. Eigene Entscheidungsfähigkeit muß ihnen soweit zugehoben werden, wie dies im Interesse einer einheitlichen Staatsführung möglich ist. Aus diesen Grundgedanken heraus entwickelt Dr. Jelechich eine Reihe von Beiträgen über die Stellung der Gemeinde im nationalsozialistischen Staat, die auch deswegen besondere Beachtung verdienen, weil die Führung des Deutschen Gemeindegewebes, dessen Ehrensenator Dr. Jelechich entwickelt bei Oberbürgermeister Fiedler-München liegt, der gleichzeitig als Mitglied der Reichsleitung der NSDAP, die kommunalpolitischen Richtlinien der Partei bestimmt:

1. Die nationalsozialistische Staatsidee verpflichtet den völkischen in seinem Wesen urbedingten Gedanken der Schaffung einer starken Staatsgewalt auf der Grundlage des Führerprinzips bei gleichzeitig weitgehender Dezentralisation.
2. Der Staat leht sich in seiner Verwaltungsorganisation an die natürliche soziale Gliederung des Volkes an und bildet die Gemeinden und Gemeindeverbände zu selbstverantwortlichen, kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und stammesmäßigen Einheiten aus.
3. Die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Wesensart der deutschen Stämme findet ihren verfassungspolitischen Ausdruck in der Einräumung einer mit den autoritären Staatsgedanken durchaus zu vereinbarenden Selbstständigkeit zugunsten der Gemeinden und Gemeindeverbände. Der nationalsozialistische Staat wird von einem einheitlichen Willen beherrscht, aber in ihm ist auch Platz für die neues Leben erzeugende Tätigkeit seiner Gliedorganismen, der Gemeinden und Gemeindeverbände.
4. Die Gemeinden und Gemeindeverbände entscheiden in abgeleiteter Zuständigkeit alle die Fragen unter eigener Verantwortung, die nicht von unmittelbarem Staatsinteresse sind, vielmehr örtlichen Charakter tragen und aus der Tatsache der nachbarlichen Verbundenheit der Gemeindeglieder erwachsen.
5. Die Gemeinden und Gemeindeverbände werden von Führern, die das volle Vertrauen der Staatsführung besitzen, und von Besetzung von Vertretern der Bevölkerung mit beratender Stimme verwaltet. Die Vertreter der Bevölkerung werden zum Teil auf berufsmäßiger Grundlage ausgewählt.
6. Die Berufsstände erfahren in der Gemeinde ihre erste horizontale Verbindung. Die Gemeinde dient dem Interessenausgleich aller Wirtschaftszweige und Berufszweige unter dem Gesichtspunkt der örtlichen Schicksalsgemeinschaft, zugleich damit der Verbundenheit der Einzelgemeinden mit dem Volksganzen.

Aus diesen Grundgedanken ergibt sich eindeutig die Stellung der Gemeinden im nationalsozialistischen Staat; sie sind dienende, sich dem Volksganzen jederzeit einordnende Glieder dieses Staates, die im Rahmen der durch die Staatsführung gezogenen Grenzen auf der Grundlage der Selbstverwaltung und freien Initiative ihre Tätigkeit auf allen Gebieten des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens fortentwickeln und zur höchsten Entfaltung bringen, immer unter dem Gesichtspunkt der durch die besonderen Verhältnisse ihres Gebietes gegebenen Eigenart.

## 25 Millionen Exportüberschuss

Der deutsche Außenhandel im Juli 1933.

Berlin, 16. August.

Die Umsätze im deutschen Außenhandel haben sich im Juli kaum geändert. Die Einfuhr betrug 360 Millionen RM gegen 357 Millionen RM im Vormonat.

Die Ausfuhr hat sich mit 385 Millionen RM fast genau auf dem Stand des Vormonats gehalten.

Mengenmäßig ist sie um einen geringfügigen Betrag höher als im Juni. Diese Zunahme wurde jedoch durch eine kleine Senkung des gewogenen Ausfuhrdurchschnittswertes ausgeglichen.

Die Handelsbilanz schließt im Juli mit einem Ausfuhrüberschuss von 25 Millionen RM gegen 28 Millionen RM im Vormonat ab. Bei der Beurteilung dieser Zahl ist, wie auch bisher schon, zu berücksichtigen, daß ihr nicht ein Devisenüberschuss in der gleichen Höhe aus dem Warenverkehr entspricht.

## Wucherzinsen strafbar

Bestimmungen des Reichsfinanzministers für das Bankgewerbe.

Nach bisher geltendem Rechte kann Banken, die dem getreuen Zinsabkommen zuwiderhandeln, die Befugnis, Depositen anzunehmen, entzogen werden. Diese Befugnis hat sich in der Praxis als nicht wirksam erweisen, Verstößen gegen das Zinsabkommen entgegenzutreten.

In einem, im nächsten Reichsgesetzblatt erscheinenden Gesetz wird daher dem Reichsfinanzminister für das Bankgewerbe das Recht eingeräumt, Ordnungsgelasten bis zu einhunderttausend Reichsmark im Falle von Zuwiderhandlungen gegen das genannte Abkommen auszusprechen, auch machen sich die Unterschreiter von Banklimiten durch die Zuwiderhandlungen gegen das Zinsabkommen kriminell strafbar. Zur Strafverfolgung bedarf es in diesem Falle eines Antrages des Reichsfinanzministers.

## NS-Hago und GSH

Die Neuorganisation im Mittelstand.

Bad Neuenahr, 16. August.

Der Reichsführer der NS-Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS-Hago) und des Gesamtverbandes des deutschen Handwerks, Handels und Gewerbetreibenden (GSH), Dr. v. Renteln, legte in einer mehrstündigen Rede vor den im Kurhaus Bad Neuenahr versammelten bisherigen Gaukampfbundleitern aus dem Reich auseinander, daß nach der Auseinandergliederung des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes neue große und verantwortungsvolle Aufgaben der jetzt geschaffenen Organisationen bevorstünden. Die Tage des Kampfes um die Eroberung der Macht seien vorbei.

Jetzt, nach der vollen Machtübernahme durch den Nationalsozialismus, handele es sich darum, durch die Erziehung der Handwerker und der Handels- und Gewerbetreibenden zur NS-Hago fähigen den Gedanken der nationalsozialistischen Volksbewegung fest in diesem wichtigen Teil des deutschen Volkes zu verankern. Pflicht eines jeden Mitgliedes beider Organisationen sei daher Wirken und Werben im nationalsozialistischen Sinne, um unter Hinzustellung der eigenen beruflichen und fachlichen Sonderinteressen das Ethos der nationalsozialistischen Wirtschaftsaufstellung in die Tat umzusetzen. Nicht die Wirtschaft allein dürfe der Anknüpfung zur Umgestaltung der Dinge sein, sondern die nationalsozialistische Haltung des Menschen in der Wirtschaft sei das Ausschlaggebende.

Der Organisationsplan sowohl der NS-Hago als der GSH, wurde von Dr. v. Renteln in großen Zügen vorgetragen und erläutert. Auch die in diesen Tagen erfolgten ersten Anordnungen für beide Organisationen in bezug auf die Reinigung von unerwünschten Elementen, die Abgrenzungen, das Kassieren und die Beitragshöhe wurden bereits bekanntgegeben. Ueber die wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft, nämlich

### Die Schulung der Amtswalter

und Mitglieder der beiden Organisationen, sprach der Schulungsleiter der NS-Hago und GSH, Stabsleiter Solms-Berlin, während eine Reihe von Preisfragen durch den Preisleiter Dr. Hilland erläutert wurden, der die Schaffung eines einheitlichen Fachorgans antändigte.

Zum Schluss der in Form einer reinen Arbeitstagung abgehaltenen Besprechungen wurde an den Führer telegraphisch das Gelöbns unverbrüchlicher Treue übermittlel.

## Ostpreußens Aufruf

Oberpräsident Koch in Tilsit.

Tilsit, 15. August.

Zur Entgegennahme des Ehrenbürgerbriefes wollte Oberpräsident Baulwitz Koch mit seiner Begleitung in Tilsit. Oberbürgermeister Dr. Salge erklärte in seiner Begrüßungsansprache u. a.: Die Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes erfolgte mit dem herzlichsten Dank, daß Koch die Hoffnung erfüllt, übertraffen habe, und in Stolz darüber, daß jetzt der Führer Ostpreußens zu Tilsits Bürgern zähle, der Ostpreußens Not geteuert habe und Ostpreußen retten werde. Oberpräsident Koch erwiderte u. a.: Das, was wir getan haben, ist nur Pflichterfüllung, rechtlose Pflichterfüllung gegenüber der Idee, die der Führer vor 14 Jahren geschaffen hat. Vor vier oder fünf Jahren stellte ich die Frage auf: Wir ringen so lange um die Seele des deutschen Volkes und des deutschen Arbeiters bis er bereit ist, sich eingehalten in die braune Armee Adolf Hitlers. Seien Sie überzeugt, wenn wir zuerst die Arbeitslosigkeit gelassen haben, dann ist es in unserem freien Staate eine Ehre zu arbeiten. Ich möchte heute hier angesichts des Weimertromes und des Memelgebietes ein Wort an die internationale Gesellschaft und an die Länder rund um Ostpreußen richten:

Schli ein, daß das, was wir im neuen Deutschland wollen, nichts weiter ist, als für unser Volk die Voraussetzungen zu schaffen, daß es wieder arbeitsfähig wird und leben kann.

Schli ein, ihr Völker um uns, daß wir keinen Krieg wollen. Es ist nicht wahr, daß wir einen imperialistischen Eroberungsfeldzug antreiben. Das, was wir wollen, ist nichts anderes als unserem Volke den Frieden garantieren. Wir wollen, ihr Staatsmänner rundum, nur friedliche Aufbaubarbeit leisten, wir wollen den freundschaftlichen Wirtschaftsaustausch mit den anderen Ländern. Das möge man in Romo einsehen.

Wir wollen weiter nichts als diesen friedlichen Wirtschaftsaustausch.

Ich hoffe als Oberpräsident, daß die Verhandlungen, die in Romo gepflogen werden, zum Segen der ostpreußischen Heimat und zum Wohle der beiden Nationen, zwischen denen dieser Vertrag abgeschlossen wird, geführt werden möge. In die Waagschale haben wir gemorfen den Willen eines Volkes, den Willen, herausgeborn aus dem großen Glauben, den der einigartige Adolf Hitler uns gebracht hat.

Es ist unsere Pflicht, auch des getreuen Ehepartners unseres Volkes, des Generalfeldmarschalls und Reichsverwärters von Hindenburg zu gedenken, der durch seine historisch Tat am 30. Januar die Voraussetzungen schuf, als er unseren Führer mit der Führung des deutschen Volkes beauftragte.

Nach einem Siegelheil von der Feldmarschall und Frontsoldaten, den Führer und Volksgänger, stimmten Jehntausende in diesen Ruf ein und erhoben die Hände zum algermanischen Speer-Gruß beim Klang des Deutschland- und Hork-Besiel-Liedes. Der Oberpräsident teilte mit, daß Reichskanzler Adolf Hitler und Ministerpräsident Göring erklärt hätten, daß sie mit allen Mitteln dafür sorgen würden, daß rein wirtschaftlich die Zucht des ostpreußischen Herdes nicht nur erhalten sondern auch auf die alte Höhe gebracht werden sollte.

### Die Arbeitslosigkeit in Pommern.

In der pommerschen Arbeitslosigkeit ist eine neue Etappe erreicht. Nach den neuesten Zählungen ist die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Höchststand im Winter auf ein Drittel herabgebracht worden, nämlich von rund 150 000 Arbeitslosen auf rund 55 000 — und diese Zahl ist weiter im Sinken! Das Tempo der Arbeitsbeschaffung hat sich gegenüber dem Monat Juni verdoppelt! Jeht meldet der Kreis Schlawe, daß dort der letzte pommerische Arbeiter eingereiht worden ist. Damit ist der zwölfte pommerische Kreis völlig frei!

## Die Lehren der Arbeitslosigkeit

Grundlag für den ostpreußischen Abwehrkampf gegen die Arbeitslosigkeit war: Die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge ist, auch auf kurze Fristen gesehen, billiger als die unterhaltende Fürsorge. Daher sind planmäßig die notwendigen Arbeitsplätze erzielt und möglichst zweckmäßig ausgenutzt worden. In erster Linie hat man Bodenverbesserungsarbeiten in Angriff genommen, weil hier die Möglichkeit besteht, bisher für die Gesamtheit des Volkes nicht voll ausgenutztes Vermögen, den Boden, durch Verbindung mit dem zweiten nicht ausgenutzten Kapital, der Arbeitskraft, wieder aufbringend zu verwerten.

Gleichzeitig hat die Ueberführung größerer Gruppen Arbeitswilliger auf's Land die Frage eines zweckmäßigen Absatzes für landwirtschaftliche Produkte aus sich selbst heraus durch einen gezielten Bedarf an Lebensmitteln bejahend beantwortet. Durch Uebernahme der Verpflichtung für die Arbeitsmänner und deren Einfluß zur Steigerung des landwirtschaftlichen Bodenvertraus ist die Intensivierung

unterer Landwirtschaft von der Arbeitskraft her angepaßt worden. Es hat sich gezeigt, daß bei richtigem Anbau der Kamerschiffslager auch ältere, früher in ganz anderer Tätigkeit beschäftigte Personen gern bereit waren, auf dem Lande mitzuarbeiten und das nachzuholen, was früher verjährt worden ist, durch Verbindung mit dem Boden wieder das echte Heimatgefühl in jedem einzelnen zu wecken. So sind auch für rund 2500 Frauen ebenfalls Kamererschiffslagergruppen gebildet worden.

Sie die Finanzierung der Arbeiten ist man davon ausgegangen, daß mindestens durch den in der Landwirtschaft tätige Kräfte ein Arbeitsplatz in Industrie und Gewerbe geschaffen wird. Schon diese einfache Überlegung zeigt, daß bei öffentlichen Arbeiten rund 1/4 mehr gezahlt werden kann als die durchschnittliche Unterfertigung beträgt, wenn es möglich ist, Vorhaben zu tätigen, die größtenteils ohne weitere Geldmittel finanziert werden können. Das ist in Ostpreußen gelungen und dürfte auch in anderen Gegenden des Reiches möglich sein.

Darüber hinaus steht schon jetzt fest, daß das gesamte Wirtschaftswesen durch Eingliederung der Arbeitslosen in den Wirtschaftskreisler derartig schnellen Auftrieb erhält, daß in wenigen Monaten schon Entspannung eintritt.

In Ostpreußen wird man für öffentliche Arbeiten in der Zeit vom 1. Juli 1933 bis 31. März 1934 — auf die sonst vorhandenen ostpreussischen Arbeitslosen berechnet, weniger Förderungsstellen aufzuweisen haben, als in dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres an reinem Unterfertigungsaufwand.

Ostpreußen kann jetzt durch den Einfluß von Landsteuern aus dem Reich unter dem Dank dafür abblenden, daß er den Ostpreußen den seelischen Auftrieb und die Befähigung auf die eigene Kraft gegeben hat. Schon in den nächsten Wochen werden Arbeitsplätze für Arbeitswillige aus dem Reich geschaffen werden. So zieht Ostpreußen die Jugend aus den überfüllten Bezirken des Reiches heraus. Es schafft so mittelbar freie Arbeitsplätze für ältere Industriearbeiter. Damit wird auch in Auswirkung des Ostpreußen-Anschlusses unseres Führers im Reich die organische Schließung des Arbeitsmarktes und die Eingliederung aller Arbeitswilligen in unsere Volkswirtschaft gefördert.

### Koch an Hindenburg und Hitler

An den Reichspräsidenten von Hindenburg, an Reichskanzler Adolf Hitler und an Ministerpräsident Göring wurde telegraphiert:

„Innerhalb eines Monats ist es gelungen, in der Provinz Ostpreußen sämtliche Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen. Allein in der Stadt Königsberg sind mehr als 30 000 männliche und weibliche Arbeitswillige in Arbeit gebracht worden. Die Vorbereiten für Beschaffung von Arbeiten in den Wintermonaten sind im Gange.“

Der Oberpräsident.

### Hitlers Adjutant im Auto verunglückt

Verchesgaden, 16. August.

Auf der Fahrt nach Keil im Windt erlitt einer der Führer begleitenden Wagen einen Unfall. Hierbei wurde der Adjutant des Führers, Gruppenführer Bräukner, schwer verletzt durch schweren Schädel- und Armbrochen. Die wacker im Wagen befindliche Nichte des Führers und eine weitere Dame erlitten leichte Verletzungen, während die Schwester des Führers ohne Verletzung davonkam.

### Freie Arbeitsplätze!

Ostpreußen hat keine Arbeitslosen mehr.

Königsberg, 16. August.

Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit: Vor einer Woche begann die planmäßige Arbeit zur Freimachung Königsbergs von Arbeitslosen. Durch freiwilligen Einfluß jedes einzelnen nach den Grundrissen des Reichs-Roh-Planes ist es gelungen, für mehr als 20 000 männliche und weibliche Arbeitswillige Arbeitsplätze zu schaffen.

Der größte Teil ist bereits an der Arbeitsstelle. Auch die übrigen sind bereits zugeteilt. Die letzten Trupps früherer Arbeitsloser verlassen Königsberg in den nächsten Tagen.

Eine Aufgabe, die gerade in den letzten Tagen erst angepaßt werden konnte, die Unterbringung älterer Frauen. Ist ebenfalls gelöst. Für sie gibt es Arbeit, die ihrer Eigenart entspricht und die Möglichkeit zur endgültigen Unterbringung in ländlichen und städtischen Haushaltungen schafft.



12. Fortsetzung. (Rauchorn verboten.)  
Direktor Berlet wußte sich den Schweiß von der Stirn. Er war nahe daran, vor Verzweiflung um sich zu schlagen. Der Präsident legte ihm den Arm auf die Schulter.

„Warten Sie doch erst einmal ab, ob wir der Verdorger nicht habhaft werden“, bemerkte er, „wahrscheinlich wird sich dann das Geld auch finden lassen.“

„Das ist mir ein schwacher Trost. Ich bin ruiniert, sage ich Ihnen! Und meine Tochter — was soll denn aus Betty werden? Sie wissen doch —?“

„Ich habe mir allerdings sagen lassen, daß sie dem Großvater von Eberhauen verlobt ist!“

„Ganz recht, Freiherr von Eberhauen! Denken Sie — ein ein so exquisites Mann, den ich meiner Tochter für ein kleines Vermögen erkaufen müßte! Und nun? Wo ist mein Vermögen? Ich bin ruiniert, sage ich Ihnen; das Bild meiner Tochter ist hin!“

„Allen Sie mich jetzt mit Ihrer Tochter in Frieden“, sagte der Präsident ärgerlich, „zuerst müssen wir handeln.“

„Sie sehen, ich werde verzeihen.“ — „Hun, Otto?“

„In der Zeit war ein Beamter erschienen und wartete ehrerbietig, bis er gerufen wurde. Direktor Berlet griff mechanisch nach seinem Hut.

„Wir werden uns nochprechen, Herr Präsident“, sagte er mit erhobener Stimme, „nachgeben tue ich nicht. Ich ermahne, daß Sie mir zu meinem Rechte verhelfen!“

„Ich tue selbstverständlich, was meine Pflicht ist. Leben Sie wohl, Herr Direktor.“ — „Hun, Otto?“

„Die ersten, größten Nachdenken sind abgeschlossen“, bemerkte er, „der Schwerepferde nein, daß es sich um eine Dynamitexplosion handelt. Der Brand muß damit in Verbindung stehen.“

„Sag man Spuren gefunden?“

### Ostpreußen hat darüber hinaus noch freie Arbeitsplätze.

Es geht jetzt auch an nichteranente Wohlfahrtsverbesserungen, die bisher den Arbeitsämtern ferngeblieben sind. Auch für diese sind Arbeitsplätze da, um sie in die Volkswirtschaft vollwertig einzugliedern.

### Freiwillige vor!

Am Anfluß an die Mitteilung der Pressestelle des Oberpräsidiums über die Befreiung Königsbergs und damit ganz Ostpreußens von der Arbeitslosigkeit erlöst das Präsidium folgenden Aufruf:

Nach der Anordnung des Führers hat Ostpreußen für alle bisher erfassten Arbeitswilligen Arbeitsplätze geschaffen. Darüber hinaus stehen jetzt noch freie Arbeitsplätze offen. Der ostpreussische und nationalsozialistische Grundgedanke: „Jede Arbeit ist für den größten Reichtum“ gilt mehr. Jeder ostpreussische Arbeitsfähige und Arbeitswillige kann sich beim Arbeitsamt melden und dort Beschäftigung zugewiesen erhalten.

### Riesenblamage der SEDM

Eine glänzende Abfuhr im Saargebiet.

Püttlingen (Saargebiet), 16. August.

Eine deutliche Abfuhr seitens der deutschgeimmten Bevölkerung hat die SEDM (Saarländische Sozialistische Arbeiterpartei), die separatistische Tendenzen verfolgt, erhalten. Die Partei hatte zu einer Verammlung im Gruben-Rathaus aufgerufen. Zur heftigen Unterbrechung der Einberufung war es an den Problemen des Saargebietes interessierte Bevölkerung auch zahlreich erschienen.

Als jedoch das Mitglied der SEDM, Max, den Reichskanzler Hitler als „kapitalistisches Bindungsgefäß“ (1) bezeichnete, erhoben sich die meisten der Anwesenden, fielen dem Redner ins Wort und sangen das Deutschlandlied, womit die Verammlung aufhörte. Die Einberufung mußten mit langen Geschleichen latentes zugehen, wie die deutschgeimmten Mitglieder der Verammlung unter dem Gelang des Fort-Wesfel-Liedes abogen.

### Die „Abprüfung“ der anderen

Blant England Verklärung der englischen Luftstreitkräfte?

London, 16. August.

Das Blatt der Arbeiterpartei „Daily Herald“ berichtet, die britische Regierung plane, einhundert Kampfflugzeuge von großer Schnelligkeit zu bauen und sie ohne Verabreichung in die britischen Luftstreitkräfte einzustellen, wenn die Abprüfungsforderung diese Vereinbarung zu Gunsten einer Bekräftigung der Weltluftstreitkräfte erzielen sollte. Auch ein neues Geschwader von Seeflugzeugen für die Flotte sei in Aussicht genommen und werde im kommenden Etat vorgezogen werden.

Das Blatt, das keine Meldung in großer Aufmerksamkeit, ist der Auffassung, da die britische Delegation in Genf auf ausdrückliche Anweisung des britischen Kabinetts in einem Weltabkommen über Luftfragen, Hindernisse in dem Weg lege, sei es durch unvollständigen, daß ein Vertrag über Luftstreitkräfte zustande kommen werde. In einem Beitrag kritisiert das Arbeiterblatt diese Pläne der britischen Regierung, die es als Einseitigkeit zu einem Beitritt in der Luft ansieht, für das die britische Regierung eine furchtbare Verantwortung tragen würde.

### Freimachung der Verwandten Scheidemanns

Scheidemann hat keine Verleumdungen selbst Lügen gestraft

Die Verwandten des ehemaligen sozialdemokratischen Reichstanzlers Scheidemann sind nunmehr wieder freigelassen worden, nachdem sie derogaten haben, daß sie sofort nach dem Erscheinen des Heftartikels von Scheidemann abgerückt sind und in einem Brief an „New York Times“ ihren tiefsten Abscheu über das landesverräterische Verhalten Scheidemanns Ausdruck gegeben haben. Anzwischen hat Scheidemann verurteilt, sein Wadwert als Fälligkeit hinzustellen und damit keine Verleumdungen gegen Deutschland selbst Lügen gestraft.

### Empfänge beim Reichskanzler

Verchesgaden, 16. August.

Reichskanzler Adolf Hitler hatte auf dem Oberberg Besprechungen mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt, dem Reichsantragspräsidenten Dr. Schacht, dem Stellvertreter des Führers der NSDAP, Heß, dem Staatssekretär der Reichstanzlei Dr. Gammers und dem Wirtschaftsachseverhandlungen in der Reichstanzlei Kettler.

### Zwei Erlasse von Blombergs

Sittergruß beim Zivilpersonal der Wehrmacht.

Berlin, 16. August.

Blättermeldungen zufolge hat Reichswehrminister von Blomberg einen Erlass herausgegeben, in dem es heißt, daß, nachdem der Reichsinnenminister den Sittergruß zum Deutschen Gruß erhoben habe, es selbstverständlich sei,

daß dieser Gruß von Beamten, Angestellten und Arbeitern der Wehrmacht in bürgerlicher Kleidung in und außer Dienst angewendet wird.

In einer weiteren Verfügung legt der Reichswehrminister: „Seitdem die Regierung der nationalsozialistischen Revolution die ausschließliche Führung des Staats übernommen hat, werden die Belange der Beamten durch den Staat selbst wahrgenommen. Eingaben und Anträge von Beamten und Beamtenorganisationen an die Behörden, insbesondere an die Ministerien, die sich mit Fragen der Bezahlung, Einstellung, Laufbahn und dergleichen befassen, sind daher nicht nur unmöglich sondern auch unzulässig und können in Zukunft nicht mehr entgegengenommen werden.“

Unbedingt zu unterlassen sind solche Eingaben und Vorstellungen, die auf eine Kritik an Vorgehensweisen und damit an der allein verantwortlichen Staatsführung hinauslaufen. Persönliche Beschwerden sind lediglich auf dem Dienstwege vorzubringen.“

### Das Ehegattlichkeitszeugnis

Prüfungssachen für Ehegatten.

Eine der Voraussetzungen für die Gewährung von Ehestandsbarkeiten ist die Vorlegung von Ehegattlichkeitszeugnissen, die von den beamteten Ärzten auszustellen sind. Der Reichsfinanzminister führt in einem Erlass an die Landesregierungen aus, daß es Sache der Bundesregierungen und der Gemeinden sein werde, zur Verbilligung der Untersuchungen die geeigneten Anordnungen zu treffen. Die Ergebnisse der Untersuchung sind von den Ärzten auf einem „Prüfungssachen für Ehegatten“ einzutragen. Diese Prüfungssachen haben die Ärzte gesammelt monatlich an den Reichsgesundheitsamt einzuhändigen. Für den Fall, daß die ärztliche Untersuchung die Ehegattung ergeben hat, ist den Antragstellern eine amtssärztliche Bescheinigung nach einem vom Reichsfinanzministerium herausgegebenen Muster auszubändigen.

### 13 kommunizistische Funktionäre festgenommen

Gelsenkirchen, 15. August.

Die Staatspolizeistelle Recklinghausen ist einer neugebildeten Unterbezirksleitung der KPD in Gelsenkirchen auf die Spur gekommen. Die Funktionäre trafen sich im Stadtwald Gelsenkirchen, wo verbriefte Briefe und Papiere und auch Flugblätter in Massen ausgelegt wurden. Der Hauptfunktionär, der bei den geheimen Zusammenkünften die Beiträge einzog, hatte jedesmal ein besonders vereinbartes Stigmort. Das letzte Stigmort hieß „Adolf, ich bin da!“ Die Funktionäre der Staatspolizei war da und nahm den erkrankten Funktionär sowie die Hauptfunktionäre der KPD, insgesamt 13 Personen, fest.

### In die eigene Tasche...

Geheimnisse Korruptionsmisstände mit Verjährungsgeboten.

Die Korruptionsschwarzerei bei der Daböischen Verfallsanwartschaft für Gemeinde- und Abwehrschwarzerei, in die zahlreiche Bürgermeister verwickelt sind, heißt sich als ein Stand der größten Ungehorsam. Gegen sämtliche in die Angelegenheit verwickelten Bürgermeister und Verwaltungsdirektoren ist ein Ermittlungsverfahren wegen Betrugs eröffnet worden. Direktor Grampp und die am stärksten belasteten Bürgermeister sind verhaftet worden. Gegen den Hauptschuldigen, den früheren Matrosen Heinrich Klump, der bei der Unfall als Rechnungsrat tätig war und Verfall gelassen ist, haben die Justizbehörden das Auslieferungsverfahren eingeleitet.

Klump hatte vor allem den Einzug der Mieten für die von der Unfall vermieteten Häuser geleitet. Einen großen Teil dieser Mietbeträge hat er in seine eigene Tasche gesteckt.

Bei der Revision wurden zahlreiche Quittungen und Belege über Hausreparaturen gefunden, die aber niemals vorgekommen worden sind.

„Kein, ich konnte nur einige Leute vernemen lassen, die alle das gleiche berichten. Sie befinden sich teils in, teils vor der Bank, als das Filmgebäude zusammenbrach. Bei der allgemeinen Panik bemerkten sie flüchtig bloß, wie alsbald ein kleiner Trupp Schyglente nahe, um die Bank abzulupern; lärmliche Beamte, mit Ausnahme eines älteren Protokollisten, waren toplos daanwesend. Der Protokollist wurde später bemutlos vor einem Saße aufgehunden. Die Schyglente waren verschwinden.“

Der Präsident nickt nehrds auf und ab.

„Es wäre also nicht schwer, folgenden Schluß zu ziehen: das Dynamitattentat auf das Gebäude der Filmgesellschaft wurde nur unternommen, um das Substitut und die Angestellten der Bank zu entfernen. Die Schyglente waren gedungene Räuber und haben das weitere selbst besorgt.“

„Ja“, sagte Otto, „das dürfte eine einfache Lösung sein. Sind die Beamten zu Schaden gekommen?“

„Soweit ich erfahren konnte, hat man schon vier Tote getroffen. Weitere sechs sollen noch unter den Trümmern liegen. Neun verwundete Personen wurden in das nächste Krankenhaus überführt.“

Der Präsident war nachdenklich stehengeblieben. „Das ist das unerhörteste Verbrechen dieser Art, das mir jemals zu Ohren kam“, sagte er, „es identisch mit einer ganzen Bande zu handeln. Nachschauen Sie weiter und berichten Sie mir.“

„Oto verneigte sich. „Es soll geschehen, Herr Präsident“, erwiderte er mit seiner polternden Stimme, „was an mir liegt, werden mir die Räuber bald haben!“

Auf den Straßen voran schon die ersten Extrablätter ausgehen. Die Leute riefen sich den Tränen getrieben aus den Hänen.

Der Bericht lagte recht wenig.

„Sehr vormittag um 11 Uhr 25 ereignete sich auf der Hallerstraße eine furchterliche Explosion. Das Gebäude der Lux-Film-Kompagnie ist einer völligen Zerstörung anheimgefallen. Sämtliche Fensterhöhlen in weitem Umkreise wurden zertrümmert; die Oberleitung der elektrischen Straßenbahn ist durch den gewaltigen Luftdruck zerstört. Es wurden bereits vier Tote geborgen. Man vermutet noch weitere Opfer. Ueber die Ursache der Katastrophe ist nichts bekannt.“

Eine Stunde später wurde ein weiteres Blatt verteilt. In großen Lettern las man die Worte: „Brand bei Verlet & Kompagnie! Ueber 150 000 Dollar gelohoben!“

In diesem Blatt wurde bereits die Vermutung laut, daß dieser Raub mit der Explosion in einem gewissen Zusammenhang liehe. Der Zerstörung hatte sich eine wilde Erregung bemächtigt. Obwohl man die Hallerstraße vollkommen abgeperrt hatte, strömten die Leute zu Tausenden hin.

Er Holzeigants und der große, schlank Wagen von Verlet & Kompagnie wurden durchgeschossen. Bankier Verlet und zwei andere Herren der Firma befanden sich im Wagen.

Verlet machte einen völlig gebrochene Eindruck. Das Bankgebäude starrte ihn aus leeren Fensterhöhlen wie höhnend an. Die Szenen begaben sich in das Innere. Hier waren durch den gewaltigen Luftdruck, genau wie in allen umliegenden Häusern, die verschiedensten Gegenstände durcheinandergeschleudert worden.

Die Geldschrank mit ihren offenen Türen gähnten den Eintretenden wie hungrige Tiere entgegen. Gewaltsam war keine geöffnet worden. Und doch mußten einige fest verschlossen gewesen sein. Die Angestellten hatten sich in einem der Empfangsräume versammelt. Es war ihnen bei Strafe verboten worden, den Schalterraum zu betreten. Die Leute fanden toplos und völlig erschreckt da. Sie hatten alle ein schlechtes Gemissen, weil sie in der Erregung ihre erste Pflicht und ihren Wollen verlesen hatten.

Ein Kriminalbeamter stellte ein genaues Verhör an. Es wurde festgehalten, ob alle vollständig waren. Ein junger Kellner fehlte. Man telefonierte in seine Wohnung. Dort war er nicht eingetroffen. Sofort wurde ein Beamter mit besonderen Nachgehren beauftragt.

(Fortsetzung folgt.)



gezeigt hat. Bis jetzt haben 2000 Arbeitslose über den Winter hinweg Arbeit und Brot finden können. Diese Hilfe wird sich noch erproben.

**Zieg der Arbeitslosigkeit.**  
Burg b. Magdeburg. Von 130 Ortsteilen des Bezirkes des Arbeitsamts Burg sind bereits 96 frei von Arbeitslosen. Weitere 34 Gemeinden werden in den nächsten Tagen frei werden.

**Ein merkwürdiger Unfall.**  
Gardelegen. Beim Verlassen des Steueramtes wollte ein Landwirt seine Mähle vom Gardebohlen nehmen, überließ eine Stufe und fiel gegen den Gardebohlen, der ihm in den Mund drang. Der Mann erlitt eine Verletzung des Oberkiefers und Ohrs und brach sich den Daumen. In ohnmächtigem Zustand wurde er ins Krankenhaus gebracht.

**Zwei Tote bei einem Motorradunfall.**  
Menz (Kr. Jerichow). Kurz vor Menz fuhr der **EM-Mann Fritz Köhle** aus Niederitz mit seinem Motorrad in voller Fahrt gegen einen Baum. Köhle und seine Begleiterin, Fräulein **Tschel** aus Menz, wurden vom Motorrad geschleudert und auf der Stelle getötet.

**Am Waldfußel ertrunken.**  
Griebow (Kr. Jerichow). Die Köchin **Luise Kleinig** ließ sich einen Waldfußel auf ihr Zimmer bringen, um zu baden. Dabei erlitt sie einen Schwindelanfall, fiel in den Kibel und ertrank.

**Keine Arbeitslosen mehr im Kreis.**  
Herzberg (Altmark). Der Landrat des Kreises **Osternburg** hat dem Regierungsverwaltungsrat mitgeteilt, daß sämtliche Arbeitslosen des Kreises im Laufe der letzten Woche in den Arbeitsprozeß eingereiht werden konnten. Sie sind in erster Linie in der Landwirtschaft untergebracht worden.

**Stadt und Kreis Salzwedel ohne Arbeitslose.**  
Salzwedel. Die Kreisleiter der **NSDAP** in Salzwedel dem Oberpräsidenten melden, ist Stadt und Kreis Salzwedel jetzt frei von Arbeitslosen.

**Drei Schenken Opfer der Flammen.**  
Grünauwalde (Kr. Liebenwerda). Ein großes Schandfeuer entbrach in unserem Ort durch den Brand einer Scheune. Da die Flammen an den reichen Erntebarrichten gute Nahrung fanden, waren bereits zwei weitere Scheunen von den Flammen ergriffen und brannten nieder, ehe die Feuerwehr eingreifen konnte. Das Feuer, das großen Schaden befandlichen Schulbuden einzureichen. Selbstentzündung entstanden.

**Eisenerwerbe.** Vom Kraftwagen überfahren und getötet wurde der 57 Jahre alte Arbeiter **Wobla**.

Anschließend ist er mit seinem Rad zu weit in die Fahrbahn hineingefahren. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau mit sieben minderjährigen Kindern.

**Neues aus dem Kreisparlament-Stand.**  
Lorgan. Am Kreisparlament-Stand wurde weiter festgestellt, daß der **Kassettebander** und ein **Schädel** über 10 000 Mark geschätzt hatte, der mit dem Namen der Frau des Angeklagten unterzeichnet war. **Georg** behauptet, diesen Schädel Coorbes gegeben zu haben. Ferner wurde eine neue Fällung entworfen. In einem Auszug der **Mitteldeutschen Landesbank** wurde vor die Zahl 5000 eine 3 gesetzt, so daß eine Summe von 35 000 Mark auf dem Papier stand. **Coorbes** gab zu, hier sich schuldig gemacht zu haben. Mit drei Feststellungen ist die Beweisaufnahme abgeschlossen.

**Altkie Beteiligung am Arbeitskampf.**  
Wolken (Kr. Bitterfeld). Die Gemeinde will in aller Kürze ein umfangreiches Bauprogramm durchführen, um ebenfalls ganz aktiv in die Arbeitslosigkeit einzugreifen. **Jauerl** ist der Ausbau der **Leipziger Straße**, die Errichtung einer **Friedhofkapelle** und die Schaffung eines **Regenwasserkanals** in der **Leipziger Straße** geplant und der Bau eines **Beamtenwohnhauses** beabsichtigt. Die Kosten werden durch ein Darlehen der **Gesellschaft für Öffentliche Arbeiten** und einen Zuschuß der **Provinz** aufgebracht.

**Gasfährd (Kr. Merseburg).** Während der **Drescharbeiten** brach am **Dienstagmorgen** auf dem Hof eines hiesigen **Gutsbesitzers** Feuer aus, das sich schnell schnell verbreitete und zwei reichgefüllte **Schennen** ergriff. Die Gebäude waren nicht zu retten. Außer der **Ernte** verbrannten auch mehrere **Motore**, die **Dreschmaschine** usw. Die Ursache des Feuers ist noch nicht aufgeföhrt.

**Beim Eisenstichen verunglückt.**  
Herzberg (Eisenr.). Als ein hiesiger **Bahnhofsangestellter** mit dem **Hochwinden** der **Signalampen** beschäftigt war, schlug eine zurückschlagende **Brange** ihm ins Auge. Der **Verunglückte** erlitt eine **Gehirnerschütterung**.

**Witterfeld.** Ein **Zusammenstoß** ereignete sich hier am **Donnerstagmorgen** in der **Wittenberger Straße** zwischen einem **Kraftrad** und einem **Verlonenwagen**. Der **Kraftfahrer** und sein **Sotius** mußten **schwer verletzt** dem **Krankenhaus** zugeführt werden.

**Verkehrsunfall auf der Straße Halle-Leipzig.**  
Großgöhl b. Halle. Auf der **Fahrt** von **Halle** nach **Leipzig** verunglückte ein mit drei **Personen** besetztes **Kraftwagen** in unserem Ort einen **hiesigen Motorradfahrer** zu überholen. Hierbei kam der **Kraftwagen** von der **Straße** ab, fuhr gegen einen **Baum** und wurde **zertrümmert**. Während der **Motorradfahrer** nur **leicht verletzt** wurde.

mußten die drei Insassen des Kraftwagens in schwerverletztem Zustand einem Krankenhaus in Halle zugeführt werden.

**Am... Dorf. Im Mühlenholz** erhängte sich ein 43 Jahre alter Mann. Die Leiche wurde durch einen **Lozierungänger** gefunden. Der **Grund** zur **Tat** soll in einem **Verleiden** und langer **Arbeitslosigkeit** zu suchen sein.

**Hemleben (Kr. Seebitzberg).** Vom **Erntewagen** stürzte die 34jährige Frau des **Landwirts** **Martha** auf die Straße. Sie zog sich einen **doppelten Boden** und einen **Beinbruch** zu und verstarb nach **kurzer Zeit**.

**Möglitz (Kr. Dessau).** Vor dem „**Röhling**“ stieß der **Sturmamführer** **Dehmig** mit seinem **Motorrad** mit einem **Autobus** zusammen. Er und sein **Mitfahrer** wurden auf die **Straße** geschleudert, wo sie **schwer verletzt** liegen blieben.

**Ueberfall auf ein Frauenschäftsmitglied.**  
Röthen. Ein als **gewalttätig** bekannter **Einwohner** überfiel die in der **selben Straße** wohnende **Frau** **Moritz**, die der **NS-Frauenschaft** angehört. Er **verfolgte** sie bis in einen **Hausflur** und **bearbeitete** sie mit **Märfritten**. Die **Frau** mußte sich in **ärztliche** **Behandlung** begeben.

**Walberge (Kr. Bernburg).** **Explosiert** ist auf dem **Rittergut** **Preußisch** während des **Betriebes** ein **Kaupensplepser**. Der **Führer** blieb **dadurch**, daß der **Wind** die **Flamme** nach der **anderen Seite** trieb, **völlig unverletzt**. Die **Maschine** wurde **zerstört**.

**Gute Straßen verbilligen den Verkehr**

In einer **Dentschrift** des **Verbandes** der **preussischen Provinzen** ist eine **Reihe** von **Verlässigen** zum **Straßenbau** aufgestellt, von denen **insbesondere** die **nachstehenden** **allgemeine Zustimmung** verdienen:

1. Die **Unterhaltungskosten** **kraftverkehrs**mäßig **ausgebauter** **Straßen** sind **verhältnismäßig** **gering** im **Vergleich** zu den **Kosten** nicht **ausgebauter**. Die **bessere** **Straßenunterhaltung** ist die **billigste**.
2. Von dem **deutschen** **Straßen**netz ist **erst** ein **verhältnismäßig** **geringer** Teil **voll** für den **Kraftverkehr** **ausgebaut**. **Sogar** **33 Prozent** der **Staats-** und **Provinzialstraßen** sind **nicht** **wassergebunden** und der **Zerfall** durch **Kraftfahrzeuge** **besonders** **ausgeleitet**.
3. Die **durch** **ungenügende** **Straßenunterhaltung** **verursachten** **Mehrkosten** **trägt** **letzten** **Endes** **zum** **größten** **Teil** der **Kraftverkehr** **in** **Form** von **Steuern** und **erhöhten** **Betriebskosten**.
4. Bei **guten** **Straßen** sind die **Betriebskosten** des **Kraftwagens** **etwa** **20 Prozent** **niedriger** als **auf** **schlechten** **Straßen**.

**Bekanntmachung.**

Ueber den landwirtschaftlichen Betrieb des Landwirts **Karl Richter** jun. in **Kernberg** eingetragen im Grundbuch von **Kernberg**, **Band XVI**, **Artikel 759** — wird das **Entschuldigungsverfahren** nach dem **Geleze** vom **1. Juni 1933** eröffnet. Zur **Entschuldigungsstelle** wird die **Kreisparlatte** in **Wittenberg** bestellt.  
Die **Gläubiger** werden **aufgefordert**, bis zum **1. Oktober 1933** ihre **Ansprüche** bei dem **unterzeichneten** **Gericht** anzumelden und die in ihren **Händen** befindlichen **Schuldburkunden** einzureichen.  
**Kernberg**, den **7. August 1933**.

Das **Amtsgericht**.

**Bekanntmachung.**

In unser **Handelsregister** **Abt. B** ist heute unter **Nr. 3** bei der **Firma** **Bergwiger Braunkohlenwerke, Aktien-Gesellschaft** in **Bergwig**, folgendes **eingetragen**:  
Die **Prokura** des **Handlungsbevollmächtigten** **Georg Richter** ist **erloschen**.  
**Kernberg**, den **10. August 1933**  
**Amtsgericht**.

**Bekanntmachung.**

In unser **Handelsregister** **Abt. B** ist heute unter **Nr. 3** bei der **Firma** **Bergwiger Braunkohlenwerke, Aktien-Gesellschaft** in **Bergwig**, folgendes **eingetragen**:  
Dem **Prokuristen** **Kurt Weese** in **Wittenberg** ist **Prokura** erteilt **derart**, daß **Weese** in **Gemeinschaft** mit einem **Vorstandsmitglied** **vertretungsberechtigt** ist.  
**Kernberg**, den **10. August 1933**  
**Amtsgericht**

**Bekanntmachung.**

In unser **Handelsregister** **Abt. B** ist heute unter **Nr. 7** bei der **Firma** **Betriebsgesellschaft für Bergbauprodukte, G. m. b. H.** in **Bergwig**, folgendes **eingetragen**:  
Die **Prokura** des **Handlungsbevollmächtigten** **Georg Richter** ist **erloschen**.  
**Kernberg**, den **10. August 1933**.  
**Amtsgericht**.

**Erntekranz-Schleifen**  
empfehlen in reicher Auswahl zu billigen Preisen  
**Richard Arnold, Leipziger Straße und Markt**

**Frisches Rind- und Hammelfleisch**  
frische Leber und Flecke  
empfehlen  
**Ewald Ballmann**  
**Rich. Arnold**

**Kostenanschlag-Formulare**  
empfehlen ab Lager  
**Rich. Arnold**

**Prima frisches Hammelfleisch**  
empfehlen **Willi Röh**  
**Prima junge Mastgänse**  
**Mast-Hähnchen**  
sowie  
**Reh (zerlegt)**  
empfehlen  
**Arthur Thamm** in **Bergwig**  
Telefon **Kernberg 289**

**Heute frisch prima Fettbündlinge**  
ab morgen extra große  
**Kuchen-Pflaumen**  
billigt bei **Otto Duinque**  
**Gummi-Stempel**  
aller Art  
liefert billigst **Richard Arnold**

**Inkarnattklee**  
zur Saat gibt ab  
**Labes, Gommlo**

**Zur Einmachzeit**  
empfehlen  
**Einlochgläser**  
**Abler-Progeß, Crifa u. Cico**  
**Geleegläser**  
**Gummiringe, Bügel, Deckel**  
**Einfach-Apparate**  
**Kochbücher**  
in reicher Auswahl  
**Glashaut**  
**Pergamentpapier**  
**Salzylpapier**  
**Rich. Arnold, Kernberg**

**N. S. D. A. P.**  
**Geld-Lotterie**  
für **Arbeitsbeschaffung**.  
**283 058 Gewinne** und **2. Prämien = 1 500 000 RM.**  
Höchstgewinn auf ein Doppellos **200 000**  
Höchstgewinn auf ein Einzellos **100 000**  
Hauptgewinn auf ein Doppellos **150 000**  
Hauptgewinn auf ein Einzellos **75 000**  
**Lospreis: 1,- Reichsmark**  
**Ziehung vom 27. bis 28. September 1933**  
Lose erhältlich bei  
**Richard Arnold, Kernberg, Leipziger Straße und Markt**

**Neues Sauerkraut**  
ff. **Fettbündlinge**  
heute ganz frisch  
**Fleisch-Salat** **Herings-Salat**  
in allerbesten Qualität  
**Eierpflaumen** **Pfirsiche**  
**Tomaten** **Karl Beyer**  
empfehlen  
Freundliche  
**Wohnung**  
sofort oder zum **1. Oktober** zu vermieten  
**Burgstraße 36**

**Krieger- u. Landwehr-Berein**  
Kameraden, die an der **Waldpartie** am **Sonntag** teilnehmen wollen, müssen sich **heute** **abend** in der **Verksamung** melden. (**Regler** **Zermin**). **Der Vorstand**  
**M. - T. - V.**  
Donnerstag, den **17. August**, **abends 8 1/2 Uhr** bei **Ernst Wachmann**  
**Wohnung** **Verksamung**  
Um **zahlreiches** **Erscheinen** **bittet**  
**Der Vorstand**

**42. Zerbster Pferdemarkt-Lotterie**  
**Vorzügliche Gewinnchancen!**  
**Ziehung unwiderruflich am 22. August 1933**  
**3600 Gewinne** und **1 Prämie**  
10 Hauptgewinne: **Gespante, Wagen** und **Personenkraftwagen** im Werte von **etwa** **23 500,- RM.**  
100 Gewinne von **Zuchtieren** und zwar: **25 Fohlen** und **Berde**, **10 Zuchtbullen**, **25 Färsen** und **Kälber**, **30 Zuchtschweine**, **10 Rastehühnerlämme** im Werte von **etwa** **30 700,- RM.**  
3490 **geringwertige** **Gewinne** unter anderem: **Speisezimmer** **einrichtungen**, **Schlafzimmer** **einrichtungen**, **mod. Herrenzimmer** **einrichtungen**, **Küchen** **einrichtungen**, **Motorräder**, **Ferris** und **Damen** **Motorräder**, **Rahm** **maschinen**, **Zimmergeräte**, **Landwirtschaftl. Geräte**, **Wirtschafts** **maschinen** u. **sonstige** **Gebrauchsgegenstände** i. Werte von **etwa** **200 000,- RM.**  
**Lose zu 2,40 RM** — zu **besorgen** **durch**  
**Richard Arnold, Kernberg, Leipziger Straße und Markt**

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Er erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Musikalisches Unterhaltungsblatt“.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfa., die halbpaltene Reklameweile 40 Pfa. / Ausnahmeweile 50 Pfa.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 96

Donnerstag, den 17. August 1933

35. Jahrg.

## Aufforderung.

Die rückständigen Kirchensteuerbeiträge von 1932/33 sind bis zum 20. August an Herrn Kirchenassistenten...

Der Gemeindefiskusrat.

## Die Gemeinde im neuen Staat

In der politischen, geistigen und seelischen Erneuerung des deutschen Volkes spielen die Gemeinden und Gemeindeverbände eine bedeutende Rolle. Da die Demokratie den Drang zur stärksten Zentralisation hat, ist es kein Wunder, wenn die kommunale Selbstverwaltung in den letzten vierzig Jahren systematisch vernichtet worden ist...

Diese Gedanken entwickeln in den neuesten Ausgaben der Organe des Deutschen Gemeindefiskus, dem „Gemeindefiskus“ und der „Landgemeinde“, der Geschäftsführer des Deutschen Gemeindefiskus, Dr. Kurt Jelechik. Wenn der nationalsozialistische Staat dem naturgegebenen Aufbau Deutschlands entsprechen soll, so müssen unter einer starken Staatsgewalt lebensfähige Gemeinden und Gemeindeverbände stehen...

1. Die nationalsozialistische Staatsidee verwirklicht den völkischen in seinem Wesen urdeutschen Gedanken der Schaffung einer starken Staatsgewalt auf der Grundlage des Führerprinzips bei gleichzeitig weitgehender Zentralisation.
2. Der Staat lehnt sich in seiner Verwaltungsorganisation an die natürliche soziale Gliederung des Volkes an und bildet die Gemeinden und Gemeindeverbände zu selbstverantwortlichen kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und stammesmäßigen Einheiten aus.
3. Die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Wesenart der deutschen Stämme findet ihren verwaltungsrechtlichen Ausdruck in der Einkürmung einer mit dem autoritären Staatsgedanken durchaus zu vereinbarenden Selbstständigkeit zugunsten der Gemeinden und Gemeindeverbände. Der nationalsozialistische Staat wird von einem einheitlichen Willen beherrscht, aber in ihm ist auch Platz für die neues Leben erzeugende Tätigkeit seiner Gliedorganismen, der Gemeinden und Gemeindeverbände.
4. Die Gemeinden und Gemeindeverbände entscheiden in abgeleiteter Zuständigkeit alle die Fragen unter eigener Verantwortung, die nicht von unmittelbarem Staatsinteresse sind, vielmehr örtlichen Charakter tragen und aus der Tatsache der nachbarlichen Verbundenheit der Gemeindeglieder erwachsen.
5. Die Gemeinden und Gemeindeverbände werden von Führern, die das volle Vertrauen der Staatsführung besitzen, unter Heranziehung von Vertretern der Bevölkerung mit beratender Stimme verwaltet. Die Vertreter der Bevölkerung werden zum Teil auf berufstätiger Grundlage ausgewählt.
6. Die Berufsstände erfahren in der Gemeinde ihre erste horizontale Verbindung. Die Gemeinde dient dem Interessenausgleich aller Wirtschaftszweige und Berufszweige unter dem Gesichtspunkt der örtlichen Schicksalsgemeinschaft, zugleich damit der Verbundenheit der Einzelgemeinden mit dem Volksganzen.

Aus diesen Grundzügen ergibt sich eindeutig die Stellung der Gemeinden im nationalsozialistischen Staat; sie sind dienende, sich dem Volksganzen jeherzeit einordnende Glieder dieses Staates, die im Rahmen der durch die Staatsführung gezogenen Grenzen auf der Grundlage der Selbstverwaltung und freien Initiative ihre Tätigkeit auf allen Gebieten des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens fortentwickeln und zur höchsten Entfaltung bringen, immer unter dem Gesichtspunkt der durch die besonderen Verhältnisse ihres Gebietes gegebenen Eigenarten.

## 25 Millionen Exportüberschuss

Der deutsche Außenhandel im Juli 1933.

Berlin, 16. August.

Die Umläge im deutschen Außenhandel haben sich im Juli kaum geändert. Die Einfuhr betrug 360 Millionen RM gegen 357 Millionen RM im Vormonat.

Die Ausfuhr hat sich mit 385 Millionen RM fast genau auf dem Stand des Vormonats gehalten.

Mengenmäßig ist sie um einen geringfügigen Betrag höher als im Juni. Diese Zunahme wurde jedoch durch eine kleine Senkung des gewogenen Ausfuhrdurchschnittswertes ausgeglichen.

Die Handelsbilanz schließt im Juli mit einem Ausfuhrüberschuss von 25 Millionen RM gegen 28 Millionen RM im Vormonat ab. Bei der Beurteilung dieser Zahl ist, wie auch bisher schon, zu berücksichtigen, daß ihr nicht ein Devisenüberschuss in der gleichen Höhe aus dem Warenverkehr entspricht.

## Wucherzinsen strafbar

Befugnisse des Reichskommissars für das Bankgewerbe.

Nach bisher geltendem Rechte waren Banken, die dem getroffenen Zinsabkommen zuwiderhandeln, die Befugnisse, Depositen anzunehmen, entzogen worden. Diese Maßnahme hat sich in der Praxis als nicht wirksam genug erwiesen. Verstoßen gegen das Zinsabkommen entgegenzutreten.

In einem, im nächsten Reichsgesetzblatt erscheinenden Gesetz wird daher dem Reichskommissar für das Bankgewerbe das Recht eingeräumt, Ordnungsstufen bis zu einhunderttausend Reichsmark im Falle von Zuwiderhandlungen gegen das genannte Abkommen auszusprechen, auch machen sich die Unternehmer von Bankinfiktionen durch die Zuwiderhandlungen gegen das Zinsabkommen kriminell strafbar. Zur Strafverfolgung bedarf es in diesem Falle eines Antrages des Reichskommissars.

Zum Schluß der in Form einer reinen Arbeitslosigkeit aufgezogenen Beipredigten wurde an dem Führer begründet das Ergebnis unverrücklicher Treue übermittleit.

## Ostpreußens Aufstieg

Oberpräsident Koch in Tilsit.

Tilsit, 15. August.

Zur Entgegennahme des Ehrenbürgerbriefes weihte Oberpräsident Gauweiler Koch mit seiner Begleitung in Tilsit. Oberbürgermeister Dr. Salge erklärte in seiner Begrüßungsansprache u. a.: Die Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes erfolgte mit dem herzlichsten Dank, daß Koch die Hoffnung erfüllt, übertroffen habe, und in Stolz darüber, daß jetzt der Führer Ostpreußens zu Tilsits Bürgern zähle, der Ostpreußens Not gesteuert habe und Ostpreußen retten werde. Oberpräsident Koch erwiderte u. a.: Das, was wir getan haben, ist nur Pflichterfüllung, rechtlose Pflichterfüllung gegenüber der Idee, die der Führer vor 14 Jahren geschaffen hat. Vor vier oder fünf Jahren stellte ich die These auf: Wir ringen so lange um die Seele des deutschen Volkes und des deutschen Arbeiters, bis er bereit ist, sich einzuschalten in die braune Armee Adolf Hitlers. Seine Seite übergepuht, wenn wir zuerst die Arbeitslosigkeit gelassen haben, dann ist es in unfernen freien Staaten eine Ehre zu arbeiten. Ich möchte heute hier angesichts des Memeltromes und des Memelgebietes ein Wort an die internationale Öffentlichkeit und an die Länder rund um Ostpreußen richten:

Seht ein, daß das, was wir im Neuen Deutschland wollen, nichts weiter ist, als für unser Volk die Voraussetzungen zu schaffen, daß es wieder arbeitsfreudig wird und leben kann.

Seht ein, ihr Völker um uns, daß wir keinen Krieg wollen. Es ist nicht wahr, daß wir einen unpersönlichen Eroberungszug anstreben. Das, was wir wollen, ist nichts anderes als unsern Völkern den Frieden garantieren. Wir wollen, ihr Staatsmänner rundum, nur friedliche Aufbauarbeit leisten, wir wollen den freundschaftlichen Wirtschaftsaustausch mit den anderen Ländern. Das möge man in Romo einsehen.

Wir wollen weiter nichts als eben diesen friedlichen Wirtschaftsaustausch.

Ich hoffe als Oberpräsident, daß die Verhandlungen, die in Romo gepflogen werden, zum Segen der ostpreussischen Heimat und zum Wohle der beiden Nationen, zwischen denen dieser Vertrag abgeschlossen wird, gelöst werden möge. In die Waagschale haben wir geworfen den Willen eines Volkes, den Willen, herausgeboren aus dem großen Glauben, den der einzigartige Adolf Hitler uns gekelchert hat. Es ist unsere Pflicht, auch des getreuen Offiziers und anderer Völkern, des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von Hindenburg zu gebeten, der durch jene glorreichen Tat am 30. Januar die Voraussetzungen schuf, als er unfernen Führer mit der Führung des deutschen Volkes beauftragte.

Nach einem Sieg-Weil auf den Feldmarschall und Frontsoldaten, den Führer und Volksgenossen, stimmten Zeitnahe in diesen Auf ein und erhoben die Hände zum abgerundeten Speer-Gruß beim Gelang des Deutschland und Fort-Weil-Gebens. Der Oberpräsident teilte mit, daß Reichstangler Adolf Hitler und Ministerpräsident Brüning erklärt hätten, daß sie mit allen Mitteln dafür sorgen würden, daß rein wirtschaftlich die Zustände ostpreussischen Landes nicht nur erhalten sondern auch auf die alte Höhe gebracht werden solle.

## Die Arbeitslosigkeit in Pommern.

In der pommerschen Arbeitslosigkeit ist eine neue Wanne erreicht. Nach den neuesten Zählungen ist die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Höchststand im Winter auf ein Drittel herabgedrückt worden, nämlich von rund 150 000 Arbeitslosen auf rund 55 000 — und diese Zahl ist weiter im Sinken! Das Tempo der Arbeitsbeschäftigung hat sich gegenüber dem Monat Juli verdoppelt! Begeht der Kreis Schwane, daß dort der letzte Arbeitslose wieder eingereicht worden ist. Damit ist der zwölfte pommersche Kreis völlig frei!

## Die Lehren der Arbeitslosigkeit

Grundlag für den ostpreussischen Abwehrkampf gegen die Arbeitslosigkeit war: Die wertvollste Arbeitslosenfürsorge ist, auch auf kurze Fristen gesehen, billiger als die unterliegende Fürsorge. Daher sind planmäßig die vorhandenen Arbeitsplätze erfasst und möglichst zweckmäßig ausgenutzt worden. In erster Linie hat man Bodenverwertungsarbeiten in Angriff genommen, weil hier die Möglichkeit besteht, bisher für die Gemeinschaft des Volkes nicht voll ausgenutztes Vermögen, den Boden, durch Verbindung mit dem zweiten nicht ausgenutzten Kapital, der Arbeitskraft, wieder nutzbringend zu verwerten.

Gleichzeitig hat die Ueberführung größerer Gruppen Arbeitswilliger aufs Land die Frage eines zweckmäßigen Ablasses für landwirtschaftliche Produkte aus sich selbst heraus durch einen gesteigerten Bedarf an Lebensmitteln bedingt beantwortet. Durch Uebernahme der Verpflichtung für die Arbeitsmänner und deren Eintrag zur Erzeugung des landwirtschaftlichen Bodenertrags ist die Intensivierung



Die Schulung der Amtswalter und Mitglieder der beiden Organisationen, sprach der Schulungsleiter der NS-Fojo und G.S.G., Stadtsleiter Sohm-Berlin, während eine Reihe von Pressefragen durch den Presseleiter Dr. Hilland erläutert wurden, der die Schaffung eines einheitlichen Fachorgans ankündigt.

Um...  
ift...  
ber...  
heit...  
be...  
mit...  
ollen...  
nte...  
lare...  
erhandlung...  
zu...  
art...